DIE HEIMATZEITUNG SEIT 1786 • UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR SCHWÄBISCH GMÜND UND DEN OSTALBKREIS • ÄLTESTE NOCH ERSCHEINENDE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Mittwoch, 5. März 2025

Im Lokalteil

Fasnetumzug in Gmünd

Der Gmünder Fasnetumzug war ein voller Erfolg und lockte zehntausende Närrinnen und Narren in die Stadt, um friedlich miteinander zu feiern. Wer nicht verkleidet war, fiel auf. » Seite 13

Nummer 53 • 10. Woche • 239. Jahrgang

Wie fastet Schwäbisch Gmünd?

n diesem Jahr überschneiden sich die traditionellen Fastenzeiten: Mit dem heutigen Aschermittwoch üben gläubige Christen und Muslime gemeinsam den Verzicht. Ein paar Unterschiede gibt es aber doch. Worauf es Gmünder Geistlichen in dieser Fastenzeit ankommt. » Seite 15

Bosch-Arbeiter kämpfen weiter

Nach wie vor herrscht bei Bosch AS in Schwäbisch Gmünd große Unsicherheit. Wer nach 2027 seinen Job noch hat und wer nicht - das ist ungewiss. Mit einem symbolischen Friedhof vor dem Werksgelände im Schießtal macht die Belegschaft darauf aufmerksam. » Seite 15

Der Höhepunkt des Gmünder Faschings



SCHWÄBISCH GMÜND. Der Gmender Fasnetsumzug 2025 war ein voller Erfolg: Mehr als 50.000 Faschingsfans verfolgten am Dienstag das bunte Spektakel in der Gmünder Innenstadt. Mit 122 Gruppen aus 73 Zünften und Vereinen zog der närrische Lind-

wurm durch die Innenstadt und sorgte für Stimmung. Mehr über die farbenfrohen Kostüme, traditionellen Masken und kreativen Darbietungen lesen Sie im Lokalteil auf Seite 13.

Foto: Thorsten Vaas

Wo die Menschen im Südwesten sparen

remszeitung.de • € 2,60 • E 5836

Eine Mehrheit zieht laut dem neuen BaWü-Check höhere Schulden des Landes massiven Kürzungen vor.

STUTTGART. Die Dauerkrise prägt das Konsumverhalten der Menschen. Nach dem aktuellen BaWü-Check im Auftrag der badenwürttembergischen Tageszeitungen schränken sich 60 Prozent von mehr als 1000 Befragten vor allem bei Restaurantbesuchen ein. Jeder Zweite steckt beim Urlaub zurück

Auf staatlicher Ebene ist das Sparbe wusstsein weniger ausgeprägt. Hier befür wortet vielmehr eine Mehrheit von 50 Prozent der Befragten eine begrenzte Neuverschuldung auch des Landes, um angesichts der aktuellen Herausforderungen die Ausga ben in bestimmten Bereich zu erhöhen.

Um die Ausgaben zu reduzieren, wird unter anderem aber befürwortet, sogenannte Privilegien der Beamten abzuschaffen: 66 Prozent sind dafür, 23 Prozent dagegen. ms

Igelpflege Alfdorf vor Gericht

Das Amtsgericht Schorndorf nimmt sich der Klage gegen einen Miteigentümerbeschluss an: Darf das Ehepaar Dauser aus Alfdorf weiter Igel versorgen? » Seite 16

3500 Euro für Alfdorfer DRK

Mit dem Benefizkalender unterstützt Alfdorf seine Vereine und Ehrenamtliche - in diesem Jahr den Ortsverein des DRK. Die Vorbereitungen für die nächste Auflage des Benefizkalenders laufen auch schon.

» Seite 16

So wird St. Koloman saniert

Die Sanierungsarbeiten an der kleinen Dorfkirche St. Koloman in Wetzgau sind in vollem Gange. Mit rund 437 000 Euro Gesamtkosten ist die Sanierung kostspielig – die Gemeinde hofft auf Spenden. Schließlich ist die Kirche eine Besonder-

TSB II zeigt Lebenszeichen

Das krisengeplagte Perspektivteam des TSB Gmünd kann doch noch gewinnen. In eigener Halle drehen die Jets einen Vier-Tore-Rückstand, ringen die SG Hirsau/ Calw/Bad Liebenzell mit 39:35 (16:17) nieder und verlassen damit erst einmal das Tabellenende. » Seite 21

Bürgermeister beim Darts

Gleich sechs Rathauschefs aus der Region bestreiten bei der Ostalb-Meisterschaft der Dartspieler in der Gögginger Gemeindehalle das Eröffnungsspiel. Dann geht es für die 128 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an die Scheiben und in den Wettkampf um Pokale und Preisgeld. » Seite 21

Börse

Euro-Stoxx 50 Euro













Viel Sonnenschein bei meist wolkenlosem Himmel

Mittags 15° | Nachts - 3°



Jobgarantie gegen Lohnverzicht: Mercedes stellt Sparpaket vor

Verlängerte Beschäftigungssicherung, Abfindungsprogramm, niedrigere Gehaltserhöhung, Nullrunde für Führungskräfte – Mercedes-Vorstand und Betriebsrat informieren über die Details der Einigung.

Von Ver onika Kanzl er und Kl aus Köst er

STUTTGART. Der Stuttgarter Autohersteller Mercedes-Benz will mit einem umfangreichen Sparprogramm seine Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. So sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um die verschärften Herausforderungen auf den Weltmärkten besser meistern zu können. Jetzt steht fest, wie die Mitarbeiter von den Sparbemühungen betroffen sein werden.

In einem gemeinsamen Videostatement kündigten Konzernchef Ola Källenius und Betriebsratschef Ergun Lümali an, dass im Jahr 2025 nur die Hälfte der Tariferhöhung weitergegeben wird. Sparen will das Unternehmen auch durch ein umfangreiches Programm zum Abbau von Personal, das aus freiwilligen Abfindungsangeboten für Beschäftigte in der Verwaltung besteht.

Die Flexibilität des Personalabbaus soll durch Zeitarbeit und Vergabe von Aufträgen an Drittfirmen erhöht werden. Mitglieder der IG Metall sollen erstmals verbindlich bessergestellt werden – sie erhalten dann in

"Wir müssen stärker, schneller und hungriger werden. Wir müssen selbst angreifen. Und genau das tun wir."



der Regel einen freien Tag pro Jahr mehr. Im Gegenzug sagt das Unternehmen vertraglich zu, die laufende Beschäftigungssicherung für 91000 Tarifbeschäftigte in Deutschland um fünf Jahre bis Ende 2034 zu verlängern.

Auch das Management soll sparen, es muss in diesem Jahr eine Nullrunde bei der Grundvergütung hinnehmen. Wegen schwacher Geschäftszahlen ist zudem mit sinkenden Bonuszahlungen zu rechnen. Wegen neuer Wettbewerber "können wir nicht so weitermachen wie bisher", sagt Källenius.

Lümali erklärte, man sei sich mit dem Management einig, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens nachhaltig gestärkt werden müsse. Für diese Wettbewerbsfähigkeit müssten "alle ihren Beitrag bringen vom Vorstand bis zu den Beschäftigten".

Für das abgeschlossene Geschäftsjahr wird der Konzern den Tarifbeschäftigten in Deutschland eine Ergebnisbeteiligung von 5220 Euro zahlen. Die Betriebsvereinbarung über die Ergebnisbeteiligung bei Mercedes läuft allerdings aus. Von 2026 an fällt der Anspruch auf eine Ergebnisbeteiligung weg.

Von der Leyen legt Rüstungsplan vor

Die EU-Kommissionspräsidentin plant, die Schuldenregeln zu lockern. Selenskyj bedauert Eklat. Frankreich prescht mit Militärhilfe voran.

BERLIN. Zwei Tage vor einem EU-Krisengipfel zur Ukraine hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen "Plan zur Wiederaufrüstung Europas" vorgeschlagen. Der Fünf-Punkte-Plan umfasst eine Lockerung der Schuldenregeln sowie verschiedene Anreize zur Steigerung der Verteidigungsausgaben, wie von der Leyen sagte. Insgesamt könne Europa so "nahezu 800 Milliarden Euro" mobilisieren. Damit könne die EU sofort ihre Militärhilfe für die Ukraine steigern. Bundesaußenminister Annalena Baerbock (Grüne) befürwortete den Vorstoß.

Europa sei mit einer "klaren und gegenwärtigen Gefahr" konfrontiert, wie sie "keiner von uns in seinem Leben gesehen hat", schrieb von der Leyen.

Unterdessen ist der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj vier Tage nach dem Eklat im Weißen Haus auf US-Präsident Donald Trump zugegangen und hat sein Bedauern über den Streit ausgedrückt. "Es ist bedauerlich, dass es so passiert ist. Es ist Zeit, die Dinge in Ordnung zu bringen", schrieb er



gierung zu.

auf Englisch auf der Plattform X. Er sei bereit, unter Trumps "starker Führung" daran zu arbeiten, den Krieg schnell zu beenden. Zudem sei er bereit, das Rohstoffabkommen jederzeit und in jeder Form zu unterzeichnen, schrieb er wenige Stunden vor dessen Rede im US-Kongress. In der vergangenen Nacht war bekanntgeworden, dass die USA ihre Militärhilfe für die Ukraine einstellen.

Frankreich hat als Reaktion auf die Streichung am Dienstagabend angekündigt, die ausfallenden Militärhilfen kompensieren zu wollen. Dafür sollten "alle zur Verfügung stehenden Mittel" in Bewegung gesetzt werden, sagte Premierminister François Bayrou vor der Nationalversammlung. Alle europäischen Staaten, die hinter der Ukraine stünden, sollten sich Frankreich anschließen.

Von der Leyen schlug derweil "ein neues EU-Finanzinstrument" vor, um die Mitgliedsländer bei der Aufrüstung zu unterstützen. Es soll Darlehen in Höhe von 150 Milliarden Euro umfassen, die durch den EU-Haushalt abgesichert sind. "Mit dieser Ausrüstung können die Mitgliedstaaten ihre Unterstützung für die Ukraine massiv ausweiten", erklärte sie. Zudem schlug sie vor, die Schuldenregeln mittels einer nationalen Ausnahmeklausel zu lockern. Die EU-Länder müssen den Plänen zustimmen. Ungarn und die Slowakei haben Widerstand gegen eine Gipfelerklärung zugunsten der Ukraine angekündigt. Ungarns Regierungschef Viktor Orban und der slowakische Ministerpräsident Robert Fico unterstützen Trumps Kurs und stehen dem russischen Staatschef Wladimir Putin nahe. dpa/AFP

Kommentar

Historisches Paket weckt Hoffnung

Union und SPD wollen mit Recht gigantische Summen für Verteidigung und Infrastruktur ausgeben.

Von Tobias Peter

Es war im Wahlkampf der Elefant im Raum, über den Friedrich Merz möglichst wenig gesprochen hat. Würde es nach der Wahl nicht unweigerlich doch Änderungen an der Schuldenbremse geben? Merz ist schnell in der Realität angekommen. Denn das Verhalten des US-Präsidenten Donald Trump hat klargemacht: Europa könnte bei der Sicherheit bald auf sich allein gestellt sein. Wie Trump den ukrainischen Präsidenten Woldoymyr Selenskyj fallengelassen hat, das könnte auch ganz Europa passieren.

Dass sich Union und SPD nun innerhalb weniger Tage auf Vorschläge für den künftigen Umgang mit der Schuldenbremse und ein historisches Finanzpaket geeinigt haben, ist ein sehr gutes Zeichen. Erstens haben die Parteien einen klugen Mechanismus für die Verteidigungsausgaben gefunden. Praktisch bedeutet er: Wenn es hart auf hart kommt, können für die Verteidigung unbegrenzt Kredite aufgenommen werden. Das ist ein wichtiges Signal an Wladimir Putin.

Vernünftig ist aber auch, dass die Sozialdemokraten zugleich ein Sondervermögen für Infrastruktur über 500 Milliarden Euro durchgesetzt haben. Wer den Zustand von Brücken, und Schulen in diesem Land kennt, weiß: Das ist gut angelegtes Geld - auch im Sinne der künftigen Generationen. Schwarz-Rot wird, gemessen am Wahlergebnis, keine große Koalition mehr sein, sondern eine kleine. Doch jetzt gibt es Hoffnung, dass alle an ihren Aufgaben wachsen

Künftige Koalition geht in die Vollen

BERLIN. Union und SPD wollen Milliardenkredite für Verteidigung und Infrastruktur ermöglichen. Das kündigten die Verhandlungsteams nach drei Sondierungsrunden am Dienstagabend in Berlin an. Zum einen solle die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben gelockert werden, sagte CDU-Chef Friedrich Merz. Außerdem solle ein Sondervermögen für die Instandsetzung der Infrastruktur mit 500 Milliarden Euro geschaffen werden. Beides soll wegen der Mehrheitsverhältnisse im neuen Bundestag noch vom alten Bundestag beschlossen werden. Denn allein haben Union und SPD nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. Kommentar